

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 9 2022

1. Regional
2. Honduras
3. El Salvador
4. Guatemala
5. Nicaragua

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Transnationale Gangs: Berichte über zunehmende Erpressungen im Süden Mexikos deuten darauf hin, dass die Anti-Gang-Kampagnen in Mittelamerika möglicherweise zur Abwanderung von Gangmitgliedern der MS-13 und Barrio 18 führen. In verschiedenen Teilen von Chiapas, einem mexikanischen Bundesstaat an der Grenze zu Guatemala, gibt es Berichte über Erpressung und Gewalt gegen Fahrer von Bussen, öffentlichen Verkehrsmitteln und Taxis durch Gangmitglieder. Zwischen Januar und September 2022 wurden in Chiapas insgesamt 148 mutmaßliche Bandenmitglieder festgenommen, darunter 50 aus El Salvador und 15 aus Honduras.

Gewalt gegen Journalist*innen: Einem Bericht des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPJ) zufolge war Lateinamerika mit 30 ermordeten Journalist*innen die tödlichste Region für die Presse, was fast die Hälfte der weltweit 67 getöteten Journalisten und Medienmitarbeiter ausmacht. Zu diesen Fällen gehörten auch die zwei Morde an Journalisten in Guatemala und Honduras.

Korruptionswahrnehmung: Im Korruptionswahrnehmungsindex 2022 von Transparency International, veröffentlicht am 31. Januar, schneiden die zentralamerikanischen Länder in der lateinamerikanischen Region schlecht ab. Zu den Ländern, in denen seit 2017 die stärksten Rückschritte zu verzeichnen sind, gehören Nicaragua mit 19 Punkten und Honduras mit 23. Guatemala erreichte mit 24 Punkten einen historischen Tiefstand, ebenso wie El Salvador mit 33 Punkten.

Mord von Garífuna Aktivist: Am 29. Januar wurde Ricardo Arnaúl Montero, ein Verteidiger der Garífuna-Gemeinde Triunfo de la Cruz, ermordet. Der junge Aktivist war Mitglied des Landverteidigungskomitees der OFRANEH (Organización Fraternal Negra). Die Organisation beklagt seit Jahren Todesdrohungen gegen Menschenrechtsverteidiger der Gemeinde Triunfo de la Cruz sowie das gewaltsame Verschwindenlassen von fünf ihrer Mitglieder im Jahr 2020. OFRANEH fordert nun eine gründliche Untersuchung des Verbrechens durch den Staat.

Wahl des Obersten Gerichtshofs: Am 25. Januar sollte der honduranische Kongress die 15 neuen Richter des Obersten Gerichtshofs wählen. Nach einem Tag Verhandlungen zwischen der Nationalen Partei, der Liberalen Partei und Libre gelang es den Abgeordneten jedoch nicht, sich zu einigen.

Da Libre mit 50 von 128 Abgeordneten die Mehrheit im Kongress stellt, argumentiert die Partei, dass sie Anspruch auf mindestens acht von fünfzehn Richtern hat, und legte einen Nominierungsantrag mit acht Frauen und sieben Männern vor. Die Nationale Partei, die 43 der 86 für die Wahl erforderlichen Stimmen besitzt, lehnte den Vorschlag von Libre jedoch ab. Die Parteien haben zwei Wochen Zeit, um eine Einigung zu erreichen, bevor die Amtszeit des aktuellen Gerichtshofs am 11. Februar endet.

Gewalt gegen Aktivisten im Aguán-Tal: Innerhalb von elf Tagen wurden im Aguán-Tal in der Provinz Colón vier honduranische Menschenrechtsverteidiger ermordet. Am 7. Januar wurden die Umweltaktivisten Aly Domínguez und Jairo Bonilla aus Guapinol erschossen. Beide waren Verteidiger eines Naturschutzgebietes sowie der Flüsse Guapinol und San Pedro. Gemeinsam mit anderen Aktivist*innen sind sie bereits im Vorfeld vom Bergbauunternehmen Inversiones Los Pinares bedroht worden. Die Polizei geht davon aus, dass es sich um einen Raubüberfall handelte, doch die Angehörigen der Opfer behaupten, dass sich ihre Wertgegenstände noch am Tatort befanden.

Zehn Tage später wurde der Aktivist Omar Cruz Tomé zusammen mit seinem Schwiegervater Andy Martínez in seinem Haus ermordet. Cruz war Präsident der Cooperativa Los Laureles. Die Kooperative aus 60 Familien hat ein Grundstück besetzt, das der Dinant Corporation der Familie Facussé gehörte, die ebenfalls mit dem Konflikt in Guapinol in Verbindung steht.

Transitmigration: Im Jahr 2022 betraten auf ihrem Weg in die Vereinigten Staaten fast 184.000 Migrant*innen, vor allem aus Kuba und Venezuela, honduranisches Hoheitsgebiet. Nach Angaben des Nationalen Migrationsinstituts (INM) entspricht dies einem Anstieg um 954,4 % im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2021. Contracorriente veröffentlichte eine Sonderausgabe mit Berichten über Migrant*innen auf der Durchreise aus Südamerika, der Karibik und anderen Regionen, die Honduras durchqueren, um ihr Ziel zu erreichen.

3. El Salvador

Gehälter zu fordern. Die Generalstaatsanwaltschaft klagte sie wegen Ruhestörung und Widerstand gegen die Polizei an. Die Gewerkschaft berichtete, dass sie bereits Drohungen erhalten hatten: Ihre Mitglieder würden gefeuert und im Kontext des Ausnahmezustands verhaftet werden, wenn sie weiterhin auf der Straße demonstrierten. Ende Dezember wurde die Bürgermeisterin von Soyapango, Nercy Montano von Nuevas Ideas, verhaftet und wegen Korruptionsdelikten angeklagt.

Festnahmen in Santa Marta: Mitglieder sozialer Organisationen aus Santa Marta, Cabañas, wurden in den frühen Morgenstunden des 11. Januar festgenommen und beschuldigt, ein Kriegsverbrechen begangen zu haben. Die acht Männer sind angeklagt, 1989 eine Frau aus Santa Marta, María Inés Alvarenga, mutmaßlich gefoltert und ermordet zu haben. Zu den Angeklagten gehört der ehemalige Guerillakommandant und Unterzeichner des Friedensabkommens Eduardo Sancho Castaneda. Ebenfalls angeklagt ist Antonio Pacheco, Direktor der Vereinigung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Santa Marta (ADES). ADES führte die Proteste gegen den Bergbau in Cabañas an, die zum Bergbau-Verbot im ganzen Land führte.

Ausnahmezustand: Nach zehn Monaten Ausnahmezustand und rund 60.000 Verhaftungen im Rahmen der repressiven Sicherheitspolitik der Regierung von Nayib Bukele hat El Salvador eine Rekordzahl erreicht: 2 Prozent der erwachsenen Bevölkerung des Landes sitzen im Gefängnis, das sind rund 100.000 Menschen.

Die Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Cristosal erlangten Zugang zu einer Datenbank, die massive Rechtsverletzungen, extreme Überbelegung der Gefängnisse und Todesfälle in der Haft im Rahmen des Ausnahmezustands belegt. Darüber hinaus wird in der Datenbank ersichtlich, dass bisher Hunderte von Kindern, 21 davon unter 13 Jahren, wegen weit gefasster Straftaten, die gegen grundlegende Verfahrensgarantien verstoßen, inhaftiert und verfolgt wurden.

Spionage-Technologie: Laut einer Recherche von El Faro soll die salvadorianische Nationalpolizei 2020 Spionagegeräte und -software im Wert von 2,2 Millionen Dollar erworben haben. Zu den Anschaffungen gehören Web Tangles, eine Software zur Entschlüsselung der Identität eines Social-Media-Profiles, Geoloc, ein System zur Ortung von Mobiltelefonen; sowie Mobilfunkantennen zur Ortung von Mobiltelefonen und zur Erfassung von Informationen über deren Nutzer*innen. Das Unternehmen, das die Technologie vertreibt, Eyetech Solutions, gehört Yaniv Zangilevitch, einem persönlichen Freund von Nayib Bukele.

4. Guatemala

Wahl 2023: Das Bürgerregister des Obersten Wahlgerichts von Guatemala hat die Registrierung der Kandidatur von Thelma Aldana und Jordán Rodas für die politische Partei Bewegung für die Befreiung der Völker (Movimiento para la Liberación de los Pueblos - MLP) abgelehnt. Die Entscheidung ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass Rodas, ein ehemaliger Menschenrechtsbeauftragter, keine gültige Genehmigung des Rechnungshofs vorliegt, da gegen ihn aktuell eine offene Beschwerde wegen eines möglichen angeblichen Vergehens der Nichterfüllung von Pflichten läuft. Rodas behauptet,

vorsitzender der Stiftung gegen den Terrorismus (FCT), reichte bei der Justiz eine einstweilige Verfügung ein, um den ehemaligen Generalstaatsanwalt an der Teilnahme an den Wahlen zu hindern. Die FCT steht an der Spitze der systematischen Verfolgung der unabhängigen Justiz in Guatemala.

Diplomatische Krise: Die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECl) hat einen Haftbefehl gegen Iván Velásquez, Chefermittler der CICIG zwischen 2013 und 2019 und aktueller Verteidigungsminister Kolumbiens, ausgestellt. Ihm wird "Behinderung der Justiz, Verschwörung und Amtsmissbrauch" im Fall Oderbrecht vorgeworfen. Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro verteidigte Velásquez und lehnte die Entscheidung ab, indem er behauptete, dass Guatemala die Souveränität Kolumbiens verletze und drohte, die Beziehungen zu diesem Land abubrechen.

Die Vereinten Nationen erklärten, dass sowohl der ehemalige Kommissar Iván Velásquez als auch das gesamte internationale Personal, das für die CICIG tätig war, auf der Grundlage des Abkommens, mit dem die CICIG gegründet wurde, Immunität genießen. Die Außenminister beider Länder trafen sich am 24. Januar auf dem Gipfeltreffen der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC), um die Spannungen zu entschärfen.

Verfolgung von Journalisten: Mario Castañeda, einer der beiden Anwälte von Jose Rubén Zamora, Direktor von elPeriódico, wurde am Donnerstag verhaftet. Gegen einen weiteren Anwalt, Romeo Montoya, liegt ebenfalls ein Haftbefehl vor, der noch nicht vollstreckt wurde. Die Staatsanwaltschaft argumentierte, die Anwälte hätten sich angeblich verschworen, um die Ermittlungen gegen den Journalisten zu behindern.

5. Nicaragua

Kriminalisierung von Familien politisch Verfolgter: Ein nicaraguanisches Gericht hat drei Familienangehörige des im Exil lebenden Oppositionsaktivisten Javier Alvarez zu acht und zehn Jahren Haft verurteilt. Dies ist die erste Verurteilung von Angehörigen eines politisch Verfolgten in Nicaragua. Jeannine Horvilleur Cuadra, 63, und ihre Tochter Ana Álvarez Horvilleur, 43, Ehefrau und Tochter von Álvarez und französische Staatsbürgerinnen, wurden am 26. Januar wegen angeblicher Verschwörung und Verbreitung falscher Nachrichten verurteilt. Die Sprecherin des französischen Auswärtigen Amtes erklärte, dass sie die mangelnde Transparenz des Verfahrens bedauern.

Beschränkungen an der Grenze: Die nicaraguanische Regierung wies die Generalzolldirektion (DGA) an, die Einfuhr von Nachtsicht-Ferngläsern nach Nicaragua zu verbieten, und machte eine Genehmigung der Cinemateca Nacional zur Bedingung für die Einreise von Foto- und Filmkameras. Nach der Kritik an der Maßnahme kündigte Vizepräsident Rosario Murillo an, dass die Regierung die Entscheidung zurückziehe, da viele Touristen und Produzenten nach Nicaragua reisen wollen, um neue Naturdokumentationen zu drehen und um ein "sicheres, schönes, friedliches und gesegnetes Nicaragua" zu genießen.

Fall Pueblos Rama und Kriol vs. Nicaragua: Am 2. Februar 2023 wird die öffentliche Anhörung im Fall Pueblos Rama und Kriol gegen Nicaragua am Interamerikanischen

mit dem interozeanischen Kanal eingeleitet wurde. Das Gesetz Nr. 840, mit dem die Konzession für das Megaprojekt erteilt wurde, wurde weder mit der Territorialregierung der Rama und Kriol (GTR-K), noch mit der Indigenen Gemeinschaft der Schwarzen Kreolen von Bluefields (CNCIB) konsultiert, obwohl 52% der Kanalstrecke durch ihre Gebiete führen sollte.

Totale Kontrolle des Territoriums: Am 10. Januar übernahm die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) die Kontrolle über 100% der Gemeinden Nicaraguas. Die Sandinisten hatten bisher über 141 Gemeinden Nicaraguas regiert; jetzt kontrollieren sie 153 Gemeinden des Landes. Dies war das Ergebnis der Wahlen vom November 2022, die von Unregelmäßigkeiten, Kriminalisierung der Opposition und einer Wahlbeteiligung von weniger als 18% geprägt waren.
